

Anlage zur Tagesordnung für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10.12.2013

(in der aktualisierten Fassung vom 10.12.2013)

Der Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sind keine Vorlagen beigelegt, die in den Fachausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen wurden den Ratsmitgliedern mit den Einladungen zu den betreffenden Fachausschusssitzungen übersandt. Die Beratungsergebnisse zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage zur Tagesordnung. Nachträge sind durch eine seitliche Linie gekennzeichnet.

Ö Öffentlicher Teil

8

Haushalt 2014

Vorlage: 0662/2013

Die Ergebnisse der Beratungen der Teilhaushalte in den Fachausschüssen lauten wie folgt:

Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung am 21.11.2013:

Das Beratungsergebnis wird in der Vorlage Nr. 0662/2013 dargestellt.

Jugendhilfeausschuss aus der Sitzung am 26.11.2013:

Auf Antrag der SPD beschloss der Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 26.11.2013 mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende, im Vergleich zu dem Beschlussvorschlag in der Vorlage ergänzte Beschlussempfehlung zu geben:

Die vorgelegte Haushaltsplanung für die Produktgruppen des Produktbereichs 006 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe für das Haushaltsjahr 2014 wird in der Fassung, die sie nach Abschluss der Beratungen im Jugendhilfeausschuss gefunden hat, beschlossen. Es soll überprüft werden, ob dort, wo Personalkosten der Höhe nach festgeschrieben sind, eine regelmäßige Index-Erhöhung analog der jeweiligen Regelung nach KiBiz möglich ist.

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport aus der Sitzung am 03.12.2013:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 03.12.2013 einvernehmlich dem Rat keine Beschlussempfehlung zu den in der Vorlage bezeichneten Produktgruppen gegeben und hat dies an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport **beschloss** sodann einstimmig den folgenden Prüfauftrag:

Um die beschlossene Haushaltssicherungsmaßnahme „Kürzung des Theaterzuschusses“ aufzuheben, muss ein Vorschlag zur Gegenfinanzierung eingereicht werden.

Hierzu wird die Verwaltung beauftragt, zu prüfen:

- 1. Geprüft wird im nicht-korridorrelevanten Bereich, ob eine Kooperation des Stadtentwicklungsbetriebes, der seit kurzem die Tiefgarage Bergischer Löwe betreibt, mit dem Bergischen Löwen bezüglich der Bewerbung dieser Tiefgarage möglich ist.**

2. Die Kostenmieten der Kultureinrichtungen sollen noch einmal überprüft werden. Evtl. sind hier noch Reduzierungen möglich. Dies könnte zu einer Entlastung des freiwilligen Korridors führen.
3. Die Ausschöpfung des Korridorrahmens soll überprüft werden. Eventuell gibt es noch „Gelder“, die nicht völlig ausgeschöpft sind.

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr aus der Sitzung am 05.12.2013:

Für den Antrag der SPD: „1. Verkehrsflächen: Löschung der Haushaltsstelle 76014372 und Übertragung der Mittel in voller Höhe auf die Haushaltsstelle 82333600 Waatsack vs. Schulen“ stimmten SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Freie Wähler. Gegen den Antrag stimmten CDU und FDP bei Enthaltung von DIE LINKE./BfBB. Der Antrag wurde damit mehrheitlich abgelehnt.

Für den Antrag der SPD: „2. Stadtverkehrsgesellschaft: Reduktion Ausgleich des Fehlbetrages Ansatz zurzeit 135.000 EUR auf 100.000 EUR“ stimmten SPD und Freie Wähler. Gegen den Antrag stimmten CDU, FDP und DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Der Antrag wurde damit mehrheitlich abgelehnt.

Für den Antrag der SPD: „3. Abwasserwerk: Zur Verstetigung der Investitionen wird ein Deckel von 13 Mio. EUR als ausreichend erachtet. Umwidmung von 50.000 EUR für Rechtsberatung in den Gesprächen mit der Bezirksregierung über das Abwasserbeseitigungskonzept.“ stimmte die SPD. Gegen den Antrag stimmten CDU, FDP und Freie Wähler bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB. Der Antrag wurde damit mehrheitlich abgelehnt.

Sodann beschloss der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr mit den Stimmen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung von FDP, Freie Wähler, und DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die vorgelegte Haushaltsplanung 2014 des Fachbereiches Umwelt und Technik für die Produktgruppen Verkehrsflächen, Stadtgrün und Umweltschutz wird in der Fassung des überarbeiteten Haushaltsplanentwurfs 2014 beschlossen.

Eine ergänzende Information bezüglich der Personalkostenentwicklung wurde den Ratsmitgliedern mit Schreiben vom 03.12.2013 übersandt.

Zudem ist dieser aktualisierten Anlage zur Tagesordnung ein schriftlicher Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler zum Haushalt 2014 als Anlage beigelegt. Den vorstehend dargestellten, der Verwaltung in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 03.12.2013 erteilten Prüfauftrag hat die Verwaltung bearbeitet. Das Prüfergebnis ist dieser aktualisierten Anlage zur Tagesordnung ebenfalls als Anlage beigelegt. Der zehnjährige Gesamtergebnisplan einschließlich der Neuberechnung der Kassenkredite (auf der Basis der Änderungsliste und der entsprechend angepassten Kassenkreditzinsen) ist ebenfalls Anlage zu dieser aktualisierten Anlage zur Tagesordnung.

22 **Änderung der Vergabeordnung und der Zuständigkeitsordnung**

Vorlage: 0576/2013

(Vorlage aus der Sitzung des Vergabeausschusses am 20.11.2013)

Der Vergabeausschuss hat in der Sitzung am 20.11.2013 die Vorlage zur Kenntnis genommen.

23 IV. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach

Vorlage: 0544/2013

(Vorlage aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 05.12.2013)

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr hat in der Sitzung am 05.12.2013 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die IV. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach (Friedhofsgebührensatzung) wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

25 Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege

Vorlage: 0584/2013

(Vorlage aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.11.2013)

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 26.11.2013 mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB beschlossen, dem Rat folgende, im Vergleich zu dem Beschlussvorschlag in der Vorlage ergänzte **Beschlussempfehlung** zu geben:

1. Den Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege wird in ihrer geänderten Fassung zugestimmt.

2. Die Richtlinien treten in ihrer geänderten Fassung zum 01.01.2014 in Kraft.

3. Die folgenden Änderungen sind Bestandteil des Beschlusses:

Ziffer 3 Abs. 3 Satz 3:

„Staatlich anerkannte Heilerziehungspflegerinnen/Heilerziehungspfleger, Erzieherinnen/Erzieher, Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen und Diplom-Pädagogen/-Pädagoginnen müssen nur den Grundkurs zur Kindertagespflege absolvieren.

Ziffer 12 Abs. 7 Satz 1:

„Ob im Einzelfall (z.B. bei der Betreuung von Kindern mit erhöhtem Betreuungsbedarf oder Kindern mit Behinderungen) ein zusätzliches Entgelt gezahlt werden kann, entscheidet das Jugendamt nach pflichtgemäßem Ermessen. Wenn ein erheblicher Mehraufwand, der fachlich begründet und nachgewiesen sein muss, erforderlich ist, kann ein zusätzliches Entgelt bis in Höhe des 2,5fachen des üblichen Stundensatzes gewährt werden.“

**26 Kostenlose Jahresausweise der Stadtbücherei für Kinder unter 18 Jahren/
Änderung des Entgelt-Tarifs**

Vorlage: 0541/2013

(Vorlage aus der Sitzung des Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 03.12.2013)

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 03.12.2013 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Einführung von kostenlosen Jahresausweisen für die Stadtbücherei für Kinder unter 18 Jahren wird zum 01.01.2014 beschlossen.

27 Neubau Kunstrasenplatz Rübezahlwald

Vorlage: 0488/2013/1

(Vorlage aus der Sitzung des Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 03.12.2013)

In der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 03.12.2013 stimmte DIE LINKE./BfBB für ihren Antrag, den Beschlussvorschlag um eine Ziffer „4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für die Erschließung neuer öffentlich zugänglicher Sportflächen gemäß dem beschlossenen Sportentwicklungsplan vorzulegen.“ zu erweitern. Die übrigen Ausschussmitglieder stimmten gegen den Antrag, der damit mehrheitlich **abgelehnt** wurde.

Sodann beschloss der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport einstimmig bei einer Enthaltung von DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

1. Der Rat stimmt dem Neubau eines Kunstrasenplatzes auf dem bestehenden Sportplatz „Rübezahlwald“ durch den Verein SSV Jan Wellem 05 Bergisch Gladbach zu.
2. Der Rat stimmt dem Abschluss eines Nutzungsüberlassungsvertrages mit dem Verein SSV Jan Wellem 05 Bergisch Gladbach zu.
3. Der Rat beschließt die Zahlung eines jährlichen Betriebskostenzuschusses an den Verein SSV Jan Wellem 05 in Höhe von 20.000 €.

28 Anträge der Fraktionen

28.1 SPD-Antrag für eine Satzung zum "Schutz und Erhalt von Wohnraum"

Vorlage: 0491/2013/1

(Vorlage aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 21.11.2013)

und

28.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE./ BfBB vom 30.09.2013 zum Thema Wohnbauförderung (Überweisung durch den Rat 15.10.2013 zu DR-Nr. 0531/2013 an den ASSG, HFA und Rat)

Vorlage: 0581/2013

(Vorlage aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 21.11.2013)

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 21.11.2013 bestand Einvernehmen, dem Rat zu empfehlen, die Anträge der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE./BfBB vor einer weiteren Beratung in den Ausschüssen und abschließenden Entscheidung im Rat dem „Runden Tisch“ zur Beratung vorzulegen.

28.4 Antrag der FDP-Fraktion vom 25.11.2013 (eingegangen am 26.11.2013) zur Überarbeitung des Haushaltes 2014

Vorlage: 0666/2013

Die Stellungnahme der Verwaltung wird mit der beiliegenden neuen Vorlagenversion Nr. 0666/2013/1 – wie in der Vorlage Nr. 0666/2013 angekündigt – nachgereicht.

29 Anfragen der Ausschussmitglieder

Dieser aktualisierten Anlage zur Tagesordnung ist eine schriftliche Anfrage der Fraktion Freie Wähler als Anlage beigelegt. Die Beantwortung erfolgt in der Sitzung durch die Verwaltung.

Stadtratsfraktion
Freie Wählergemeinschaft Bergisch Gladbach

Freie Wählergemeinschaft Bergisch Gladbach
Konrad Adenauer Platz 51427 Bergisch Gladbach

Zu TOP Ö 8

- Eingegangen -

28. Nov. 2013

1-15

Kopie Vorab an Herrn Rade
el. Jla

Telefon 02204 / 867207
Telefax 02204 / 867208

Sprechstunden:
Rathaus Bergisch Gladbach
Zimmer 15 erster Stock

montags von 17:00 – 19:00
mittwochs von 9:00 – 11:30
Telefon und Fax 02202 / 14 2872

03. Dez. 2013
Tlu

An den Vorsitzenden des
Haupt und Finanzausschusses des Rates
Der Stadt Bergisch Gladbach
Herrn Bürgermeister Lutz Urbach
Konrad Adenauer Platz
51465 Bergisch Gladbach

Bergisch Gladbach, den 28.11.2013

**Antrag der Ratsfraktion FWG zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 10.12.2013 zum Haushaltsentwurf 2014 der Stadt Bergisch Gladbach**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister

Zum Haushaltsentwurf 2014 der Stadt Bergisch Gladbach beantragen die FWG Bergisch Gladbach folgende Punkte Bestandteil des Haushaltes 2014 werden sollen:

- 1.) Erstes und wichtiges Ziel ist die Konsultierung unseres Haushaltes und die Einhaltung der HSK Ziele von 2012. Wird ein Einsparziel aufgegeben, muss ein neues gleichwertiges Einsparziel aus der Liste für Haushaltseinsparmassnahmen gefunden werden.
- 2.) Der Kassenkreditrahmen von 150 000 000,00 €, der in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft wurde, wird jährlich um 10 000 000,00 € gesenkt um ein positives Signal zum Sparen zu geben.
- 3.) Die Weinliste für Einsparungen für das Haushalts sicherungskonzept wird neu zur Beratung in den Haupt und Finanzausschuss zur Beratung vorgelegt und beraten, welche Einsparungen möglich sind.
- 4.) Bevor die Verwaltung und der Bürgermeister neue Stellen oder Stellen neu besetzt, wird im Fachbereich für Personal eine externe Organisationsuntersuchung vergeben mit der Prüfung.
- 5.) Nach dieser Prüfung mit positiven Ergebnis soll der Fachbereich eine Organisationsuntersuchung für die anderen Fachbereiche der Stadt nach Empfehlung des Berichtes der Gemeindeprüfanstalt von 2008 durchführen.

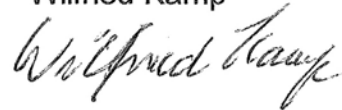
6.) Bei den Verkehrsbetrieben werden auf den einzelnen Linien Zählungen der Fahrgäste veranlasst. Diese können beim Kreis abgefragt werden. Wir möchten die Fahrgastzahlen von der Linie 1 und dem Busverkehr zwischen Bensberg und Bergisch Gladbach einer Überprüfung der Verhältnismäßigkeit zu dem kurzen Intervalltakt und der Zuzahlung über die 100 000,00 € von der Stadtverkehrsbetriebe zum Einsparen abstimmen lassen.

Wir möchten diese Punkte für den Haushaltsentwurf 2014 der Stadt Bergisch Gladbach im Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Bergisch Gladbach am 10.12.2013 zur Abstimmung stellen.

Bernd Mörs
FWG Bergisch Gladbach



Wilfried Kamp



Stellungnahme zum Prüfauftrag des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport vom 03.12.2013

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in seiner Sitzung am 03.12.2013 im Zusammenhang mit der im Haushaltssicherungskonzept des Doppelhaushalts 2012 / 2013 für das Haushaltsjahr 2014 vorgesehenen und im Haushaltsentwurf entsprechend veranschlagten Kürzung des Zuschusses an die Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH zur Finanzierung des Theaterprogramms um 90.000 Euro einstimmig folgenden Prüfauftrag erteilt:

1. Geprüft werden sollte im nicht-korridorrelevanten Bereich, ob eine Kooperation des Stadtentwicklungsbetriebes, der seit kurzem die Tiefgarage Bergischer Löwe betreibt, mit dem Bergischen Löwen bezüglich der Bewerbung dieser Tiefgarage möglich sei.
2. Die Ausschöpfung des Korridorrahmens sollte überprüft werden. Eventuell gebe es noch „Gelder“, die nicht völlig ausgeschöpft seien.
3. Die Kostenmieten der Kultureinrichtungen sollte noch einmal überprüft werden. Evtl. seien hier noch Reduzierungen möglich. Dies könnte zu einer Entlastung des freiwilligen Korridors führen.

Diese Punkte sind seitens der Verwaltung wie gewünscht geprüft worden. Das Ergebnis der Prüfung wird im Folgenden dargestellt:

- Zu 1. Der Stadtentwicklungsbetrieb AöR hat sich bereit erklärt, dem Bürgerhaus Bergischer Löwe einen Zuschuss in Höhe von 20.000 Euro zu zahlen. Dafür soll die Bergischer Löwe GmbH aktive Werbung für die Nutzung der vom Stadtentwicklungsbetrieb betriebenen Tiefgarage Bergischer Löwe betreiben.
- Zu 2. Wie den Fraktionen bereits mitgeteilt wird der vom Landrat für das Jahr 2014 vorgegebene Höchstbetrag der freiwilligen Leistungen mit den Veranschlagungen im Haushalt nicht vollständig ausgeschöpft.
Es stehen noch Mittel in Höhe von 45.000 Euro zur Verfügung.
- Zu 3. Wie bekannt soll die defizitäre eigenbetriebsähnliche Einrichtung Immobilienbetrieb künftig vom Kernhaushalt der Stadt eine auskömmliche „Kostenmiete“ erhalten.

Hieraus werden insgesamt erhebliche Mehraufwendungen des Kernhaushalts resultieren, weshalb die Etatisierung erst zum Zeitpunkt der Realisierung eines „Stadtwerkeffekts“ erfolgen soll.

Im Rahmen der Ermittlung der Kostenmiete ist allerdings auch festgestellt worden, dass die für die kulturelle Einrichtung Städtische Galerie Villa Zanders ermittelte Kostenmiete niedriger sein wird die bisher angesetzte „Marktmiete“
Die bei Einführung der Kostenmiete mögliche Reduzierung wird voraussichtlich größer ausfallen als 25.000 Euro.

Es wird hierzu jedoch darauf hingewiesen, dass eine solche Vorgehensweise einen kleinen positiven Teilaspekt der Kostenmiete für den Kernhaushalt vorab herausgreift, während der insgesamt für den Kernhaushalt belastende erhebliche Gesamtkomplex erst zu einem späteren Zeitpunkt realisiert würde.



Stadt Bergisch Gladbach
10jährige Finanzplanung

Zu TOP Ö 8

Ertrags- und Aufwandsarten	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	Ansatz neu	Plan neu	Plan neu	Plan neu	Plan neu	Plan neu	Plan neu	Plan neu	Plan neu
01 + Steuern und ähnliche Abgaben	125.673.907	130.982.441	136.020.134	140.820.111	144.083.722	147.431.727	150.866.537	150.866.537	150.866.537
02 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	45.516.190	46.604.450	48.163.171	49.454.965	51.663.053	53.979.027	56.408.228	58.956.264	61.629.026
03 + Sonstige Transfererträge	2.119.903	2.136.541	2.153.512	2.170.823	2.214.239	2.258.524	2.303.694	2.349.768	2.396.763
04 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	20.292.463	20.401.890	20.535.076	20.727.245	20.727.245	20.727.245	20.727.245	20.727.245	20.727.245
06 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.091.745	6.932.594	6.933.475	7.119.349	7.119.349	7.119.349	7.119.349	7.119.349	7.119.349
07 + Sonstige ordentliche Erträge	15.507.117	16.252.120	16.304.479	16.303.782	16.303.782	16.303.782	16.303.782	16.303.782	16.303.782
08 + Aktivierte Eigenleistungen	5.921.247	5.921.247	5.921.247	5.921.247	5.921.247	5.921.247	5.921.247	5.921.247	5.921.247
09 +/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	225.224.619	232.333.329	239.133.141	245.619.569	251.134.684	256.842.948	262.752.129	268.870.341	275.206.059
11 - Personalaufwendungen	56.130.581	55.789.020	56.062.726	56.551.881	57.001.275	57.313.536	59.708.478	58.213.537	58.641.446
12 - Versorgungsaufwendungen	6.778.662	6.801.414	6.974.737	7.152.995	7.218.432	7.289.217	7.360.711	7.432.919	7.505.849
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	22.793.580	22.928.718	23.107.430	23.470.930	23.723.533	24.050.876	24.369.667	24.638.751	24.951.492
14 - Bilanzielle Abschreibungen	6.436.632	6.513.297	6.712.113	6.759.004	6.816.494	6.874.458	6.932.899	6.991.822	7.051.231
15 - Transferaufwendungen	121.240.169	125.002.740	128.349.371	131.791.612	133.508.226	135.250.123	133.296.387	134.992.053	136.711.334
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	26.688.905	26.800.294	26.909.885	27.001.466	27.016.264	27.169.555	27.338.505	27.514.510	27.832.993
17 = Ordentliche Aufwendungen	240.068.529	243.835.483	248.116.262	252.727.888	255.284.225	257.947.765	257.006.646	259.783.593	262.694.344
18 = Ordentliches Ergebnis	-14.843.910	-11.502.154	-8.983.121	-7.108.319	-4.149.540	-1.104.817	5.745.482	9.086.749	12.511.715
19 + Finanzerträge	454.700	454.700	454.700	454.700	454.700	454.700	454.700	454.700	454.700
20 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4.803.886	4.919.564	5.293.665	5.375.949	5.469.823	5.469.160	5.359.612	5.165.224	4.892.385
21 = Finanzergebnis	-4.349.186	-4.464.864	-4.838.965	-4.921.249	-5.015.123	-5.014.460	-4.904.912	-4.710.524	-4.437.685
22 = Ergebnis aus der lfd. Verwaltungstätigkeit	-19.193.096	-15.967.018	-13.822.086	-12.029.568	-9.164.663	-6.119.277	840.570	4.376.225	8.074.030
23 + Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0
24 - Außerordentliche Aufwendungen	23.681	23.681	23.681	23.681	23.681	23.681	23.681	23.681	23.681
25 = Außerordentliches Ergebnis	-23.681	-23.681	-23.681	-23.681	-23.681	-23.681	-23.681	-23.681	-23.681
26 = Jahresergebnis	-19.216.777	-15.990.699	-13.845.767	-12.053.249	-9.188.344	-6.142.958	816.889	4.352.544	8.050.349

Absender

FDP-Fraktion

Drucksachen-Nr.

0666/2013/1

öffentlich

Antrag

der FDP-Fraktion

zur Sitzung:

Haupt- und Finanzausschuss am 10.12.2013

Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 17.12.2013

Tagesordnungspunkt

Antrag der FDP-Fraktion vom 25.11.2013 (eingegangen am 26.11.2013) zur Überarbeitung des Haushaltes 2014

Inhalt:

Die FDP-Fraktion beantragt mit Schreiben vom 25.11.2013 (eingegangen am 26.11.2013), der Rat möge beschließen, dass der Haushalt 2014 mit dem Ziel überarbeitet wird, dass das in der HSK-Planung 2012 für das Jahr 2014 vorgegebene Ergebnis von -16,026 Millionen Euro eingehalten wird. Kostensteigerungen aufgrund unvorhergesehener und nicht beeinflussbarer Effekte werden gesondert ausgewiesen und bleiben unberücksichtigt. Produktgruppen mit Steigerungen von mehr als 12 % gegenüber dem Ergebnis 2011 werden mit dem Ziel effektiver Einsparungen besonders kritisch analysiert.

Das Schreiben der FDP-Fraktion ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Zum vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion zunächst ein paar grundsätzliche Bemerkungen:

1. Das Gesamtdefizit der Änderungsliste wird geringer ausfallen, als die FDP-Fraktion in ihrem Antrag annehmen musste, da ihr die Änderungsliste zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht vorlag.

Während die FDP von einer Verschlechterung von mehr als 6 Mio. € ausgeht, wird sich das Defizit gegenüber dem Haushalt 2013 „nur“ um 3,4 Millionen Euro erhöhen. (Von 15,8 Mio. in 2013 auf 19,2 Mio. in 2014).

2. Die im Antrag zum Ausdruck kommende Sorge der FDP-Fraktion, dass die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssicherungskonzepts gefährdet werden könnte, kann ihr nach Einarbeitung der Änderungsliste in die 10jährige Planung aktuell genommen werden: Der Haushaltsausgleich wird danach sogar ein Jahr früher erreicht werden. (Dies beruht insbesondere auf der erwarteten Senkung der Kreisumlage.)
3. Falls dem Antrag der FDP-Fraktion dahingehend gefolgt würde, statt des Defizits von 19,2 Mio. € ein Defizit von 16,0 Mio. € anzustreben, so würde dies bedeuten, dass die Verwaltung neue Haushaltssicherungsmaßnahmen in einem Umfang von rd. 3,2 Mio. € erarbeiten müsste.

Dafür ist ein verwaltungsinterner Diskussions- und Abstimmungsprozess erforderlich.

Die Haushaltsverabschiedung müsste dann ins Jahr 2014 verschoben werden. (In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass es bis zur Haushaltsverabschiedung zur vorläufigen Haushaltsführung käme, in der die Verwaltung nur extrem eingeschränkt handlungsfähig wäre.)

Im Fokus des FDP-Antrags liegt insbesondere die Defizitentwicklung verschiedener Produktgruppen.

Die FDP weist hierzu darauf hin, dass diese Defizitsteigerungen nicht begründet seien. Dies liegt daran, dass im Haushalt in der Vergangenheit seitens der Politik stets nur eine Abweichungsanalyse zum vorangehenden Haushaltsjahr gefordert war. Eine generelle Analyse der Entwicklung über mehrere Jahre würde auch die Erläuterungen überfrachten. Für die im Nachgang zur Antragstellung seitens der FDP-Fraktion benannten Produktgruppen hat die Verwaltung die folgende Ursachenanalyse vorgenommen. (Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Analyse von Abweichungen im Zeitraum von 2011 (Ergebnis) bis 2014 (Planung) auf Kostensteigerungen von drei Jahren (2012, 2013, 2014) beruhen).

Ein Grund für die Kostensteigerungen von 2011-2013 sind die bei allen Produktgruppen gestiegenen Personalaufwendungen. Seit dem ersten 01.03.2012 hat es bis heute alleine im TVöD, also für den weit überwiegenden Teil der städt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, tarifliche Steigerungen in Höhe von 7,4 Prozentpunkten gegeben (1,1%, 3,5%, 2,8%). Bei den Beamtinnen und Beamten sind ebenfalls Steigerungen bei der Besoldung eingetreten. An manchen Stellen hat es auch notwendige Stellenzusetzungen gegeben.

Für die Entwicklung der Personalaufwendungen von 2013 nach 2014 wird dem HFA vom zuständigen Fachbereich 1 eine gesonderte Stellungnahme vorgelegt. Beim Vergleich der Defizite gilt generell, dass diese auf unterschiedlichen – sich teilweise saldierenden – Abweichungen der Erträge und Aufwendungen beruhen. Im Folgenden wird daher nur auf die wesentlichen Faktoren eingegangen:

Produktgruppe 001 105 Informationstechnologie, Logistik

Steigerungen in dieser Produktgruppe ergeben sich im Wesentlichen durch gestiegene Personalaufwendungen: Ersatz in der Telefonzentrale für einen verstorbenen Kollegen, der in den vergangenen Jahren aus der Lohnfortzahlung entfallen war und Zusetzung eines Kollegen in der IT, der auf einer Stelle der Personalreserve geführt wird.

Inhaltlich verursachen die immer schneller werdenden Produktzyklen im Bereich der Hard- und Software zusätzliche Kosten. Aktuell werden annähernd 900 Arbeitsplatz-PC's auf eine aktuellere Version des Betriebssystems Windows 7 und Office 2010 umgestellt um damit auch den Entwicklungen der Fachverfahren nachzukommen. Damit verbunden sind weitere systembedingte Umstellungen (782 Softwarepaketierungen, ActiveDirectory, etc). Zusätzliche Anforderungen der Fachbereiche zur Unterstützung der Sachbearbeitungen werden durch Weiterentwicklung aufgegriffen, die ansonsten zu Personalmehraufwand führen würden. Hier schlagen sich auch die laufenden Kosten für die Jugendamtssoftware nieder.

Produktgruppe 001 110 Organisations- und Personalmanagement

In der Produktgruppe 001.110 werden viele Positionen zentral geplant. D.h. es werden Beträge geplant, im Laufe des Jahres fallen die Positionen an und diese werden dann in den dazugehörigen Produkten gebucht. Insofern ist es verwirrend, in der Produktgruppe 001.110 das Jahresergebnis mit den Planansätzen der Folgejahre zu vergleichen. Dies zeigt sich am Beispiel der Beihilfen. Die Beihilfen werden zentral im Produkt 001.110 geplant, die Ist-Werte aber in den jeweiligen Produktgruppen verbucht, daher erscheint hier eine Differenz von rd. 656.000 € alleine zwischen Plan und Ist im Jahre 2011.

In 2011 wurde erstmalig das Bruttoprinzip umgesetzt. Dies führte zu Verschiebungen zwischen den Zeilen 05 und 06. Bisher wurden Erstattungen unmittelbar als Gutschrift gegen den Aufwand gebucht (Nettoprinzip). Ab 2011 wurden erstmalig Ertragskonten für Pensions-Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellungen eingeführt. Daher stehen diesen Erträgen und den gestiegenen Erstattungen aus Zeile 05 Veränderungen in den Aufwendungen der Zeile 11 (Personalaufwendungen) und der Zeile 12 (Versorgungsaufwendungen) in gleicher Höhe gegenüber.

Bei der Planung 2012/2013 sind Abweichungen gegenüber dem Vorjahr durch die neu hinzugekommenen Erstattungen für den Stadtentwicklungsbetrieb AöR, sowie durch Personalveränderungen und damit auch geänderten Erstattungen aus anderen Bereichen eingetreten.

Erstmalig in 2012 sind ebenso Erträge durch die Herabsetzung/Auflösung von Personalkostenrückstellungen (Urlaub, Überstunden) in Höhe von rd. 1,9 Mio. € enthalten. Dies korrespondiert mit Zeile 11 Zuführungen zu Urlaubs-/Überstundenrückstellungen. Außerdem wurden durch eine neue Zuordnung des Personals vom Immobilienbetrieb (102)

zum Stadtentwicklungsbetrieb (AöR) Veränderungen der Haushaltsansätze nötig. Weiter gab es Steigerungen bei der Beihilfe wegen der erwarteten neuen Gebührenordnung für Zahnärzte.

Neu hinzugekommen sind die Aufwendungen für die Gartenbauberufsgenossenschaft, die bislang im Produkt 001 300 (Recht) enthalten waren.

Grundsätzlich ist der Versorgungsaufwand gestiegen. Dieser richtet sich nach dem Bescheid der RVK. Die Beihilfe ist kaum planbar und stieg ebenfalls. Die Zuführung zu Pensions- und Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger belief sich in 2011 z.B. auf rd. 1.008.000 €. Bei der Planung des Jahres 2011 war nach dem damaligen Gutachten der RVK von einer Entnahme und nicht von einer Zuführung ausgegangen worden.

Die wesentlichen Veränderungen des Ansatzes 2014 zum Ansatz 2013 beruhen darauf, dass die Zuführungen zu Urlaubs- und Überstundenrückstellungen nicht mehr zentral in dieser Produktgruppe geplant wurden, sondern in den jeweiligen Produktgruppen. Steigerungen ergaben sich bei der Zuführung zu Altersteilzeitrückstellungen durch neu abgeschlossene ATZ-Verträge, der Planung der Personalkosten von Auszubildenden und tarifliche Steigerungen bzw. Besoldungserhöhungen.

Produktgruppe 001 300 Recht

Die Defizitsteigerung in dieser Produktgruppe beruht im Wesentlichen auf gestiegenen Versicherungsprämien.

Produktgruppe 002 310 Ausländerangelegenheiten

Das gestiegene Defizit hat seine Ursache in der Abwicklung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem Rheinisch-Bergischen Kreis zur Übertragung der Aufgaben der Ausländerbehörde einschließlich der Bereiche Staatsangehörigkeitsausweise und Einbürgerungsstelle. Während die Gebühreneinnahmen gesunken sind, stiegen die Aufwendungen (u.a. aufgrund von Nachbesetzungen durch den Kreis).

Produktgruppe 002 330 Bürgerbüros

Bei der Analyse der Abweichungen vom Ergebnis 2011 zum Ansatz 2014 erscheint in dieser Produktgruppe eine Reduzierung der Sach- und Dienstleistungsaufwendungen um 260.000 € und eine korrespondierende Minderung der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte um 130.000 € vertretbar. Somit ergibt sich ein um 130.000 € verringertes Defizit in dieser Produktgruppe.

Produktgruppe 002 340 Personenstandswesen

In dieser Produktgruppe hat ein Einsatz von Personen aus der Personalreserve stattgefunden, welche nun nicht mehr dem Fachbereich 1 sondern dem entsprechenden Produkt zugeordnet werden.

Produktgruppe 002 375 Rettungsdienst

Eine Betrachtung dieser Produktgruppe erübrigt sich, da es sich um eine gebührenrefinanzierte Einrichtung handelt und da sich in einer mehrjährigen Analyse die Über- und Unterdeckungen ausgleichen.

Produktgruppe 004 420 Stadtbücherei

Die wichtigsten Gründe für die Defizitsteigerung sind:

- Rückgang der Leistungsentgelte (Teilnehmerentgelte, Ausleihgebühren, Erstattungen etc.)
- Verminderung der sonstigen ordentlichen Erträge, da 2011 rd. 17 T€ aus der Entnahme Altersteilzeit realisiert werden konnten.
- Verteuerung der Sach- und Dienstleistungen aufgrund gestiegener Energiekosten um 10 T€. Der Aufwand für die Verwaltungsbücherei konnte in 2011 zudem um 9 T€ gegenüber der Ursprungsveranschlagung reduziert werden.

Produktgruppe 004 430 Volkshochschule

Die Entwicklung ist im Wesentlichen verursacht durch:

- Rückgang der Leistungsentgelte (Teilnehmerentgelte, Raummieten, Erstattungen etc.) im Betrachtungszeitraum von 840 T€ auf 767 T€.
- Verminderte Landeszuweisungen von 360 T€ auf 340 T€.
- Steigerung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen insbesondere aufgrund eines zusätzlichen Hauptschulabschlusskurses im Jahr 2014 von 608 T€ auf 625 T€.

Produktgruppe 004 440 Haus der Musik

Die wichtigsten Gründe für diese Entwicklung sind:

- Rückgang der Leistungsentgelte (Teilnehmerentgelte, Vermietung der Instrumente, Raummieten, Erstattungen etc.) von 1.181 T€ auf 1.149 T€.
- Erhöhte Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, durch gestiegene Honorarkosten sowie Energiekosten. Die für 2014 angestrebte Erhöhung der Stundensätze für Honorarkräfte bringt Mehrkosten von 20 T€ mit sich.

Produktgruppe 004 470 Stadtarchiv

Eine Mietkostenerhöhung für das Archivmagazin (10 T€) sowie gestiegene Energiekosten begründen den erhöhten Aufwand für Sach- und Dienstleistungen.

Produktgruppe 006 560 Kinder in Tagesbetreuung

Der Zuschussbedarf in dieser Produktgruppe steigt mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs 2014 gegenüber dem Ergebnis 2011 um rd. 2.260 T € von 12.302 T € auf 14.562 T € an. Gestiegenen Erträgen in Höhe von rd. 3.543 T € stehen dabei höhere Aufwendungen von rd. 5.858 T € gegenüber. Zu berücksichtigen sind noch die Außerordentlichen Aufwendungen (=

periodenfremde Aufwendungen 2011) von rd. 56 T €.

- Der Bereich der Kindertagesbetreuung ist seit Jahren durch die Verbesserung und den Ausbau des Angebots in den Bereichen Kindertagesstätten, Offene Ganztagsgrundschulen und seit 2013 auch im Bereich der Kindertagespflege einem steten Wandel unterworfen. Dabei wurde insbesondere im Bereich der Kindertagesstätte die Angebotsstruktur, hin zu kostenintensiven Angeboten im u3 – Bereich (705 Plätze 2011; 938 Plätze 2014) verlagert.
- Die Nutzung dieser kostenintensiven Betreuungsformen führt dabei zu einem zu steigenden Zuweisungen (Z. 02) als auch zu steigenden Elternbeiträgen (Z. 04). Wobei die Zuweisungen 2014 auch den Anteil des Landes nach dem Belastungsausgleichsgesetz enthalten.
- Die sonstigen ordentlichen Erträge (Z. 07) beinhalten im Ergebnis 2011 u.a. Erträge aus Wertberichtigungen auf Forderungen (288 T €) sowie periodenfremde Erträge (101 T €), die nicht im Haushaltsentwurf 2014 enthalten sind, da diese nicht hinreichend planbar sind.
- Der Hauptanteil der Mehraufwendungen (5.695 T €) entfällt auf die Transferaufwendungen (Z. 15). Neben dem bereits erwähnten Aus- und Umbau des Angebots bei den Kindertagesstätten fällt hier auch der Rückzug des Landes aus der Förderung integrativer Kindertagesstättenplätze ins Gewicht. Die ausbleibende Förderung muss durch städt. Mittel aufgefangen werden.
- Im Entwurf des Haushaltsplan 2014 sind ebenfalls Mehrkosten, für den zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung beabsichtigten Ausbau der Großtagespflegen, enthalten. Im Rahmen der Änderungsliste zu den Haushaltsplanberatungen wurden die Aufwendungen an dieser Stelle um 362 T € zurückgenommen.

Produktgruppe 006 570 Hilfe für junge Menschen und ihre Familien

Der Zuschussbedarf in dieser Produktgruppe steigt mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs 2014 gegenüber dem Ergebnis 2011 um rd. 2.143 T € von 14.996 T € auf 17.139 T € an. Die Erträge vermindern sich in der Gegenüberstellung um rd. 103 T € bei gleichzeitigen Mehraufwendungen von rd. 2.083 T €, die noch um rd. 43 T € außerordentliche Aufwendungen (= periodenfremde Aufwendungen 2011) reduziert werden müssen.

- Hauptursache für die Mindererträge sind die geringeren Kostenerstattungen (Zeile 06) sowie die geringeren Sonstigen ordentlichen Erträge (Zeile 07). Die Differenz in Zeile 06 beruht dabei auf einem ungewöhnlich hohen Jahresergebnis 2011 für Kostenerstattungen durch Gemeinden im Bereich der Hilfen zur Erziehung, das so in den Folgejahren nicht eingeplant werden konnte. Die geringeren Sonstigen ordentlichen Erträge resultieren aus Entnahmen aus den Personalkostenrückstellungen.
- Der Rückgang der Erträge in diesen Bereichen wird durch Mehrerträge bei den Zuwendungen (Z. 02) durch die Übernahme neuer Aufgaben (Netzwerk gg. Kinderarmut, Beratungen im Rahmen BKiSchG) und erhöhte Transfererträge (Z. 03), Heranziehung der Eltern, teilweise kompensiert.
- Die Differenz zwischen Ergebnis 2011 und Plan 2014 bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Z. 13) resultiert zum einen aus einer nicht in der erwarteten Höhe abgerufenen Leistung in 2011 als auch durch die seit 2012 zusätzlich zu veranschlagende Führung externer Vormundschaften.
- Der Hauptanteil der Mehraufwendungen (1.340 T €) entfällt auf die Transferaufwendungen (Z. 15). Hier schlagen sich nicht nur steigende Fallzahlen in

den Bereichen Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdungen nieder. Auch die allgemeinen Kostensteigerungen werden durch die Träger über die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen weitergegeben, was zu einem deutlichen Anstieg der Kosten für Leistungen geführt hat.

Produktgruppe 008 495 Sportstätten

Die wichtigsten Gründe für diese Entwicklung:

- Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen u.a. wegen der höheren Energiekosten:
 - Strom von 49 T€ (Ist 2011) auf 64 T€ (Plan 2014)
 - Gas von 44 T€ (Ist 2011) auf 75 T€ (Plan 2014).
 - Wasser von 67 T€ (Ist 2011) auf 109 T€ (Plan 2014).
- Gegenüber 2011 sind hier auch die Leasingraten für Sportplatzpflegeräte mit 20,5 T€ berücksichtigt (dadurch Wegfall von investiven Beschaffungen).
- Die Unterhaltung der Betriebsvorrichtungen stieg von 33 T€ (Ist 2011) auf 50 T€ (Plan 2014) und die Unterhaltung der Grundstücke von 87 T€ (Ist 2011) auf 114 T€ (Plan 2014). Die ist hauptsächlich darauf zurück zu führen, dass hier seit 2012 auch kleinere Sanierungsmaßnahmen als Erhaltungsaufwand zu erfassen ist (dadurch Wegfall der investiven Veranschlagung „Kleinere Sanierungsmaßnahmen“ in Höhe von 54.000 €)

Produktgruppe 009 610 Räumliche Planungs- / Entwicklungsmaßnahmen

In dieser Produktgruppe wurde eine neue Stelle über den Nachtragsstellenplan 2013 eingepreist.

Produktgruppe 009 615 Stadt- und Verkehrsentwicklungsplanung

Die Arbeit der Stadtentwicklung ist durch Projekte geprägt, deren Umfang sich von Jahr zu Jahr verändert. Daher werden die Haushaltsansätze nicht kontinuierlich fortgeschrieben, sondern werden an den Bedarf der anstehenden Projekte angepasst. Gleiches gilt für die Ausgaben. Der Unterschied zwischen dem Ergebnis 2011 (284.000 Euro) und dem Ansatz 2014 (475.000 Euro) ist im Wesentlichen auf folgende Gründe zurückzuführen:

- Ab Mitte 2011 ist eine befristete Stelle in der Stadtentwicklung weggefallen. Ab 2014 wird eine neue, auf 2 Jahre befristete Stelle für die Verkehrsplanung (VEP, Mobilitätsmanagement) eingerichtet. Die Verkehrsplanerstelle ist zudem höher dotiert als diejenige in 2011.
- In 2011 wurden lediglich rund 80.000 Euro für Projekte ausgegeben. Dies waren vor allem Restzahlungen im Zusammenhang mit dem ISEK 2030. Für 2014 sind 181.500 Euro angesetzt, die vor allem für den Flächennutzungsplan, den integrierten Verkehrsentwicklungsplan und das Mobilitätsmanagement vorgesehen sind.

Produktgruppe 012 760 Verkehrsflächen

Der Mehrbedarf ist in erster Linie auf die Erhöhung der städt. Anteile für die Straßenoberflächenentwässerung gemäß der Gebührenkalkulationen für die

Regenwasserbeseitigung zurückzuführen (im Doppelhaushalt 2012/2013 fehlte zudem der Ansatz i.H.v. rd. 400.000 € für die Straßenreinigung).

Außerdem kommt es zur Erstattung des Personalaufwandes an die GL-Service GmbH für die ab 2014 zusätzlich eingerichtete "Task-Force" zur Stadtbildpflege in Höhe von 190.800 €.

Produktgruppe 012 765 Parkeinrichtungen (ruhender Verkehr)

In dieser Produktgruppe kommt es zu stellenanteilter Personalzusatzung im Bereich Parkscheinautomaten. Durch die Neuauftellung der Personalkosten bei 7-66 wurde der Bereich Parken somit auch höher belastet.

Außerdem wurden die Stromkosten 2011 fast vollständig (rd. 48.000 €) aus der Produktgruppe 012.760 gezahlt und ab 2012 wieder richtig zugeordnet, so dass es bei den Parkeinrichtungen auf den ersten Blick nach einer Steigerung von 7.000 € (2011) auf 55.000 € (2014) aussieht, die aber natürlich keine ist.

Produktgruppe 013 770 Öffentliches Grün, Landschaftsbau

Die Defizitsteigerung beruht im Wesentlichen auf einer Erhöhung der Abschreibungen durch die Investitionsmaßnahmen Regionale ("2010 Maßnahme Ost", "Regio Grün Entlang der Strunde") sowie Konjunkturpaket II.

Zudem entsteht aufgrund von Rückständen bei der Baumpflege in 2014 ein einmalig erhöhter Aufwand in Höhe von 50.000 €, der sich ab 2015 aber wieder um diese Summe reduziert.

Produktgruppe 013 775 Friedhofs- und Bestattungswesen

- Die Erhöhungen im Friedhofsbereich verteilen sich auf nahezu alle Konten. Dies liegt einerseits an den gestiegenen Fallzahlen, andererseits an den allgemeinen Verteuerungen sowie erhöhten Personalaufwendungen.

Zudem entsteht aufgrund von Rückständen bei den Grababräumungen in 2014 ein einmalig erhöhter Aufwand, der sich ab 2015 aber wieder um diese Summe reduziert.

Produktgruppe 014 736 Umweltschutz

In dieser Produktgruppe arbeiten zwei Mitarbeiterinnen mit Stundenreduzierungen wieder mit einer höheren Stundenzahl.

Produktgruppe 015 390 Allgemeine Einrichtungen (Märkte)

In dieser Produktgruppe ist es in 2011 bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten zu einem buchungsbedingten Einmaleffekt gekommen. Nach Prüfung kann der Ansatz 2014 bestätigt werden.

FDP-Ratsfraktion Bergisch Gladbach

Rathaus Konrad-Adenauer-Platz, 51465 Bergisch Gladbach



Herrn
Bürgermeister Lutz Urbach
Rathaus, Konrad-Adenauer-Platz
51465 Bergisch Gladbach

Stadt Bergisch Gladbach
Einwurf Nachtbriefkasten

am: 26. Nov. 2013

25.11.2013

Antrag an den HFA und an den Rat zum Haushalt 2014

Sehr geehrter Herr Urbach,

die FDP-Fraktion ist in große Sorge über die Entwicklung der städtischen Finanzen. Der Haushaltsentwurf 2014 weist - einschließlich der Kosten für zusätzlich geplantes Personal und für weitere Rückstellungen - gegenüber dem Haushaltsansatz 2013 ein um mehr als 6 Mio € erhöhtes Defizit von - 22,2 Mio € aus. Auch im Vergleich zum 2012 geplanten HSK ist das für 2014 geplante Defizit etwa 6 Mio € größer, obgleich die im Haushalt 2014 geplanten Einnahmen 5,2 Millionen € höher sind als jene im HSK 2014, geplant 2012.

Bei einer eigenen Analyse hat die FDP festgestellt, dass, ausgehend von den Ergebnissen 2011, in zahlreichen Produktgruppen Defizitsteigerungen ausgewiesen werden, die weit oberhalb vertretbarer Werte liegen und weder erklärt werden noch nachvollziehbar sind.

In Gesprächen haben Sie und Vertreter der Verwaltung darauf hingewiesen, dass es Budgetsteigerungen gibt, die unvorhergesehen waren und nicht beeinflussbar sind. Das wird anerkannt. Jedoch sind wir der Meinung, dass viele Kostensteigerungen bei strenger Anwendung von Haushaltsdisziplin vermeidbar sind.

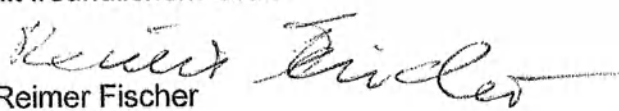
Die FDP stellt für den Haupt/Finanzausschuss und den Rat deshalb folgenden Antrag:

Der Haushalt 2014 wird überarbeitet mit dem Ziel, dass das in der HSK-Planung 2012 für das Jahr 2014 vorgegebene Ergebnis von - 16,026 Mio € eingehalten wird. Kostensteigerungen aufgrund unvorhergesehener und nicht beeinflussbarer Effekte werden gesondert ausgewiesen und bleiben unberücksichtigt. Produktgruppen mit Steigerungen von mehr als 12% gegenüber dem Ergebnis 2011 werden mit dem Ziel effektiver Einsparungen besonders kritisch analysiert.

Begründung:

Die städtische Schuldenbegrenzung hat für die FDP höchste Priorität. Ein Haushalts-sicherungskonzept, das zum Ziel hat, die weitere Verschuldung der Stadt Bergisch Gladbach nach 8 Jahren zu beenden, darf nicht verlassen werden, insbesondere nicht in guten konjunkturellen Zeiten, die wir derzeit erleben.

Mit freundlichem Gruß


(Reimer Fischer)

Zu TOP Ö 29
Stadtratsfraktion
Freie Wählergemeinschaft Bergisch Gladbach

Freie Wählergemeinschaft Bergisch Gladbach
Konrad Adenauer Platz 51427 Bergisch Gladbach

- Eingegangen -

28. Nov. 2013

*Kopie von Bau Herrn Rude
el Hon*

Telefon 02204 / 867207
Telefax 02204 / 867208

03. Dez. 2013

An den Vorsitzenden des
Haupt und Finanzausschusses des Rates
Der Stadt Bergisch Gladbach
Herrn Bürgermeister Lutz Urbach
Konrad Adenauer Platz
51465 Bergisch Gladbach

Sprechstunden:
Rathaus Bergisch Gladbach
Zimmer 15 erster Stock
montags von 17:00 – 19:00
mittwochs von 9:00 – 11:30
Telefon und Fax 02202 / 14 2872

TH

Bergisch Gladbach, den 28.11.2013

**Anfrage der Ratsfraktion FWG zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 10.12.2013 zum Bestand der Fahrzeuge im Städtischen Eigentum der Stadt
Bergisch Gladbach**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister

Seit dem die EBGL GmbH die Fahrzeuge an die einzelnen Fachbereiche, Facheinrichtungen, Eigenbetriebe und stadteigene Gesellschaften verlaesen lässt, gibt es weniger Kontrolle dieser Anschaffungen über den tatsächlichen Bedarf der einzelnen Fahrzeuge unserer Stadt.

Daher möchten wir Sie bitten, uns eine Aufstellung über die Anzahl der Fahrzeuge in Städtischen Besitz oder in stadteigenen Gesellschaften und Einrichtungen sich befinden.

Frage 1.) Wie viel PKWs und LKWs sind aus dem Kernhaushalt der Stadt Bergisch Gladbach angemeldet und bezahlt?

Frage 2.) Wie viel PKWs und LKWs sind in den Stadteigenen Gesellschaften und Betriebe der Stadt Bergisch Gladbach angemeldet und bezahlt?

Frage 3.) Wie viel Fahrzeuge sind unangemeldet im Besitz der Stadt Bergisch Gladbach und Ihrer eigenen Gesellschaften und Betriebe auf dem städtischen Gelände abgestellt?

Frage 4.) Wie hoch waren die Treibstoffkosten unserer Fahrzeuge im Kernhaushalt der Stadt Bergisch Gladbach 2010?

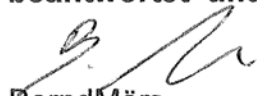
Frage 5.) Wie hoch waren die Treibstoffkosten unserer Fahrzeuge im Kernhaushalt der Stadt Bergisch Gladbach 2012?

Frage 6.) Wie hoch waren die Kosten der KFZ-Versicherung unserer Fahrzeuge im Kernhaushalt der Stadt Bergisch Gladbach 2010?

Frage 7.) Wie hoch waren die Kosten der KFZ- Versicherung unserer Fahrzeuge im Kernhaushalt der Stadt Bergisch Gladbach 2012 und 2013?

Frage 8.) Was geschieht mit den abgemeldeten und abgestellten Fahrzeugen der Stadt Bergisch Gladbach?

Sehr geehrter Herr Urbach, wir möchten diese Fragen im Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Bergisch Gladbach am 10.12.2013 gerne beantwortet und in der Niederschrift aufgeführt haben.



Bernd Mörs
FWG Bergisch Gladbach



Wilfried Kamp